

Schulmaterial soll kostenlos werden

Chancengleichheit für einkommensschwache Familien: Kinderschutzbund und Gewerkschaft fordern Gesetzesänderung

Von Frank Jung

KIEL Kinder und Jugendliche sollen nicht nur Lehrbücher kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen – sondern alle Materialien, die für den Schulalltag nötig sind: Diese Forderung an die Landesregierung haben der Deutsche Kinderschutzbund und die Gewerkschaft Erziehung & Wissenschaft (GEW) im Vorfeld des Weltkindertags am 20. September erhoben. Das Schulgesetz müsse entsprechend geändert werden.

„Allein die Kosten für die Grundausstattung eines Schülers betragen durchschnittlich 400 Euro. Damit liegen sie weit über den dafür vorgesehen Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets des Bundes“, monierte die Landesvorsit-

zende des Kinderschutzbunds, Irene Johns, gestern vor der Landespressekonferenz. Sie hat dabei unter anderem Verbrauchsmaterialien wie Hefte oder Tuschkästen sowie Federtasche, Turnbeutel, Kopierkosten, Grammatik-Übungshefte oder Unterrichtslektüren im Blick. Auf die Summe von 400 Euro war vor drei Jahren ein vom Bildungsausschuss des Landtags in Auftrag gegebenes Gutachten gekommen.

„Für viele Familien ist dieser Betrag viel zu hoch. Betroffene Kinder müssen sich ständig Ausreden ausdenken, warum sie bestimmte Anschaffungen auch nach mehrfacher Aufforderung wieder nicht getätigt haben“, beobachtet Johns. Die Lernmittelfreiheit in Schleswig-Holstein empfindet sie als

„Mogelpackung“. So lange der Bund das Bildungs- und Teilhabepaket nicht durch eine Kinder-Grundsicherung ersetze, müsse die Landesregierung „einen umfassenden Maßnahmenplan zur Senkung der Schulkosten von Eltern“ vorlegen – beginnend ab dem kommenden Schuljahr. Zugleich solle das Land ab 2020 alle fünf Jahre gutachterlich überprüfen lassen, ob die Kostenentlastung greife. „Es ist nicht mehr an der Zeit zu warten.“ Der Handlungsdruck sei ausführlich formuliert, so Johns. Die Kinderschützerin erinnerte daran, dass ihre Organisation gemeinsam mit der GEW bereits seit 2013 auf eine Lösung drängt. Seit 2017 lägen dem Bildungsausschuss des Landtags konkrete Empfehlungen aus einer Anhörung

zahlreicher Betroffener vor.

Die GEW-Landesvorsitzende Astrid Henke rief Land und Kommunen auf, sich über die Aufteilung der Kosten zur Entlastung der Eltern zu einigen. Sie schlug vor, dies über den kommunalen Finanzausgleich zu regeln. Dieser sieht auch für zahlreiche andere Aufgaben eine Kostensplittung zwischen beiden Ebenen vor.

Für Hefte stellt sich Henke zum Beispiel einen Vorrat vor, den jede Schule für alle ihre Schüler gebündelt – „und dann durch die größere Menge wahrscheinlich sogar günstiger – einkauft“. Für die GEW-Chefin gehört zu den Gegenständen, mit denen Schulen Pennäler auf Staatskosten ausstatten, „irgendwann auch das Tablet“.

Die Verbände wiesen darauf

hin, dass das Einkommen zahlreicher Eltern nur so gerade eben über der Anspruchsberechtigung für das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) liege – und sie die Schulkosten dennoch kaum aufbringen könnten. Und das BuT selbst erleben sie als „völlig überbürokratisiert“ und beim Schulbedarf mit 100 Euro pro Jahr als „viel zu niedrig ausgestattet“.

In Schleswig-Holstein erhalten über das BuT derzeit 43 317 Kinder den 100-Euro-Zuschuss für Schulbedarf. Das sind 2897 Kinder oder 7,2 Prozent mehr als vor zwei Jahren. Im Bundesdurchschnitt stieg die Zahl der Bezieher seitdem lediglich um 4,5 Prozent. Das geht aus Angaben des Bundessozialministeriums unter Verweis auf Zahlen der Bundesagentur für Arbeit hervor.

Es muss nicht immer Porsche sein

Auch Sparen hilft bei Schulausgaben

Lernmittelfreiheit gibt es im Norden nur auf dem Papier. Klassenlehrer sammeln ständig Geld ein: Hier fünf Euro für Kopien, dort acht für ein neues Arbeitsbuch. Längst übersteigen die Ausgaben für Verbrauchsmaterialien die 100-Euro-Grenze, so dass der Schulbesuch selbst für Familien, die Zuwendung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets bekommen, zur finanziellen Belastung wird. Hier muss sich dringend etwas ändern, um der gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken.

Allerdings müssen sich Gewerkschaft und Kinderschutzbund angesichts ihrer horrenden Kostenkalkulationen die Frage gefallen lassen, ob gute No-Name-Turnschuhe vom Discounter und Tuschkästen vom Drogeriemarkt nicht genauso ihren Zweck erfüllen wie teure Markenartikel. Schließlich fahren auch nicht alle Väter Porsche und alle Mütter einen SUV. Ein Rätsel bleibt zudem, warum Schulbücher, die früher am Ende der Klasse wieder eingesammelt wurden, aus der Mode gekommen sind. Verlage haben einen Riesenmarkt für Wegwerf-Bücher kreiert, in die Schüler fehlende Wörter oder Rechenergebnisse eintragen. Endstation: Papierkorb. Dabei gibt es gute pädagogische Argumente, Rechenaufgaben aus einem Mathebuch in ein Heft (elf Cent) zu übertragen und aus dem Deutschbuch Texte abzuschreiben. Das spart und schult.

.....



Margret Kiosz

ist Mitarbeiterin

in unserem Kieler Büro

kim@shz.de

Wenn das Lernen zu teuer wird

Eltern müssen pro Schuljahr mit 400 Euro für Hefte, Stifte und Lektüre rechnen – Bündnis fordert Entlastung



Würden sich Kinderschutzbund und Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft mit ihrer Forderung durchsetzen, entstünden Kosten (inklusive der Berufsschulen) von mehr als 140 Millionen Euro im Jahr.

FOTOS: BILLIONPHOTOS.COM/ULF DAHL/THOMAS EISENKRÄTZER

VON ULF B. CHRISTEN

KIEL. Der Kinderschutzbund und die Gewerkschaft GEW haben die Faxen dicke. Beide Verbände forderten gestern mit Blick auf die Dauer-Debatte über teures Schulmaterial, die Eltern ab Sommer 2019 endlich von den hohen Kosten für Hefte, Wachsmaler und Tuschkasten zu entlasten. Das Regierungsbündnis zeigte zwar Verständnis für die Forderung, versprach aber nichts und verwies auf den Bund.

„Viele Kinder und Jugendliche werden immer noch auf ihrem Bildungsweg benachteiligt, weil ihre Eltern sich die Ausgaben rund um den Schulbesuch schlichtweg nicht leisten können“, sagte die Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes, Irene Johns. Sie verwies auf eine Regierungsstudie, nach der Eltern im Schnitt allein für Verbrauchsmaterial (etwa Füller), Fachbedarf (etwa Taschenrechner) und Lektüre (etwa Arbeitshefte) rund 400 Euro im Schuljahr ausgeben.

Das Nachsehen haben Kinder aus sozial schwachen Familien. Ihnen stehen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket

nur 100 Euro im Schuljahr zu.

Die GEW forderte deshalb wie der Kinderschutzbund die Landesregierung auf, einen Maßnahmenplan zur Senkung der Schulkosten zu erarbeiten und ab dem Schuljahr 2019/20 umzusetzen. Ziel bleibt eine echte Lernmittelfreiheit. „Es müssen alle Materialien, die für den Schulalltag notwendig sind, kostenfrei zur Verfügung stehen“, sagte die GEW-Landesvorsitzende Astrid Henke. Dazu müsste der Landtag das

Schulgesetz ändern. Dort ist bislang festgelegt, dass die öffentliche Hand nur für Schulbücher aufkommt. Die Lernmittelfreiheit sei damit eine Mogelpackung, sagte Johns. Unterstützung erhielten die Verbände von Eltern- und Schülervertretern.

Die vollständige Lernmittelfreiheit soll auch für Berufsschulen gelten und dürfte bei insgesamt 370 000 Schülern mehr als 140 Millionen Euro im Jahr kosten. Die Verbände lie-

ben offen, ob das Land oder die Kommunen die Mehrkosten tragen sollen. „Diese Frage ist zweitrangig“, meinte Henke. Klar ist, dass Eltern selbst im Fall einer Lernmittelfreiheit weitere Schulnebenkosten tragen müssten. Sie geben im Schnitt bis zu 600 Euro im Jahr für Schulessen, Nachhilfe oder Klassenfahrten aus.

Bildungsministerin Karin Prien (CDU) lehnte eine Änderung des Schulgesetzes ab, zeigte aber Verständnis. „Es ist

ein sozialpolitisch wichtiges Thema, einkommensschwache Eltern bei Bildungskosten zu entlasten.“ Dafür seien Bund, Länder und Gemeinden verantwortlich. Ansonsten verwies die Ministerin auf die laufende Debatte über Schulnebenkosten im Bildungsausschuss des Landtags.

Der CDU-Schulpolitiker Tobias Loose wurde deutlicher. Er nannte die Forderung nach Lernmittelfreiheit „ehrenwert“. Aber: „Einer pauschalen Vollversorgung erteilen wir eine klare Absage, sie wäre finanziell dauerhaft nicht zu gewährleisten.“ Seine FDP-Kollegin Anita Klahn sieht insbesondere den Bund in der Pflicht, Bildung dauerhaft mitzufinanzieren.

Der SPD-Schulpolitiker Kai Vogel forderte, die Debatte im Bildungsausschuss zügig abzuschließen und „zu sichtbaren Ergebnissen“ zu kommen. „Am Ende muss es eine Übereinkunft von Bund, Land, Schulträgern und Schulen über die Bildungskosten geben.“ Für den SSW bekräftigte Jette Waldinger-Thiering die Verbandsforderung. „Nur echte Lernmittelfreiheit bedeutet echte Chancengleichheit.“



„Die aktuelle Lernmittelfreiheit ist eine Mogelpackung.“

Irene Johns,
Kinderschutzbund



„Es müssen alle Materialien, die notwendig sind, kostenfrei zur Verfügung stehen.“

Astrid Henke,
Gewerkschaft GEW



„Die Forderung ist ehrenwert, aber eine Vollversorgung auf Dauer unbezahlbar.“

Tobias Loose,
CDU-Schulpolitiker

KOMMENTAR

ULF B. CHRISTEN

LANDESHAUSKORRESPONDENT



Schule geht auch günstiger

Teure Sonderwünsche müssen nicht sein

Die Lernmittelfreiheit war eine der zentralen Forderungen der 48er-Revolution in Deutschland – und sie ist 170 Jahre später immer noch nicht vollständig erfüllt. Schleswig-Holstein gehört immerhin zu den acht Bundesländern, in denen Schulbücher kostenfrei sind. Und je nach Stadt oder Gemeinde gibt es auch Arbeitsmaterialien gratis. Im Bundesvergleich muss sich Schleswig-Holstein also nicht verstecken.

Dennoch gibt es Handlungsbedarf. Der Bund muss den Schulzuschuss für Schüler aus armen Familien deutlich erhöhen. Die bisher gezahlten 100 Euro im Jahr sind zu wenig. Auch die geplante Anhebung auf 120 Euro reicht nicht aus, weil Eltern im Schnitt 400 Euro für den Schulbedarf eines Kindes zahlen. Gefordert ist aber nicht nur der Bund. Das Land muss in einem ersten Schritt dafür sorgen, dass die Schul-Nebenkosten in Schleswig-Holstein nicht von der Postleitzahl abhängen. In einem zweiten Schritt muss geprüft werden, ob etwa Taschenrechner oder demnächst Laptops kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Eine All-Inklusive-Schule ist allerdings auf absehbare Zeit nicht finanzierbar. Um so wichtiger ist deshalb eine weitere Forderung von Kinderschutzbund und GEW, der sich die Landespolitiker sofort anschlossen. Die Schulen, insbesondere die Lehrkräfte, sollten häufiger auf teure Sonderwünsche verzichten und sich im Zweifel mit einem preiswerten Einheits- anstelle eines exklusiven Künstler-Pinsels begnügen.